



123. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen

Stellungnahmenentwurf „Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020: Für eine starke und wirkungsvolle europäische Kohäsionspolitik nach 2020“

Wichtigster Tagesordnung auf der 123. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) war der Stellungnahmeentwurf „Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020: Für eine starke und wirkungsvolle europäische Kohäsionspolitik nach 2020“. Berichterstatter war Dr. Michael Schneider, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt und Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Ausschuss der Regionen (AdR).

Die Europäische Kommission beabsichtigt im September 2017 den 7. Kohäsionsbericht mit ersten politischen Leitlinien für die künftige Kohäsionspolitik vorzulegen. In diesem Zusammenhang hatte die Fachkommission für Kohäsionspolitik im AdR (COTER) beschlossen, im Vorfeld eine entsprechende Initiativstellungnahme auf den Weg zu bringen. So fand dann eine Anhörung der Interessenträger (Stakeholders' Consultation) am 18. November 2016 statt. Das Dossier stand am 3. März 2017 zur ersten Behandlung in der COTER-Sitzung an, in der der Stellungnahmeentwurf mit 225 Änderungsanträgen und zahlreichen Kompromissen angenommen wurde!

In seiner umfassenden Stellungnahme zur Zukunft der Kohäsionspolitik erinnerte der Berichterstatter unter anderem grundsätzlich daran, dass die Kohäsionspolitik eine Säule der europäischen Integration darstelle, und dass die Zukunft der Kohäsionspolitik untrennbar mit der Zukunft der EU verbunden sei.

Im Einzelnen argumentierte der Entwurf für die

- stabilisierende und antizyklische Wirkung der Kohäsionspolitik auf die nationalen Volkswirtschaften;
- Neugestaltung der Einbeziehung der Kohäsionspolitik im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung, das heißt die Beibehaltung der territorialen Dimension der nationalen Reformprogramme
- Grundstruktur der Kohäsionspolitik mit den drei auf dem BIP basierenden Kategorien: am stärksten entwickelte Regionen, Übergangsregionen und weniger entwickelte Regionen;

- Integration eines jährlichen strukturellen Dialogs über den Stand der Kohäsion in Europa, der in das Europäische Semester integriert werden sollte.

Der Entwurf vertrat zudem die Position, dass die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) in vielen Regionen der Europäischen Union wesentlich zur wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung beitragen. Daher müsse die Flexibilität der Kohäsionspolitik in der nächsten Förderperiode erhöht werden, ohne dass die strategische Ausrichtung und die Planungssicherheit der mehrjährigen Programme für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beeinträchtigt wird, sodass bspw. die Herausforderungen im Bereich Krisenmanagement oder Migration bewältigt werden können.

Allerdings wurde auch eingefordert, dass Synergien zwischen zentral verwalteten Initiativen wie dem EFSI einerseits und den europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) andererseits geschaffen werden sollten. Bezüglich der ESI-Fonds wurde darauf hingewiesen, dass unzählige durch ESI-Fonds unterstützte Projekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Modernisierung von Infrastrukturen sowie zur Förderung von Humankapital und zur Verbesserung der Lebensqualität beigetragen hätten.

Hinsichtlich dem über alles schwebenden Brexit stand die Forderung, dass der aktuelle prozentuale Anteil von einem Drittel des EU-Haushalts weiterhin für die Kohäsionspolitik erhalten werden müsse, und zwar ausdrücklich auch nach dem Brexit.

Im Vorfeld zur 123. Plenarsitzung wurde erneut eine Vielzahl an Änderungsanträge eingebracht; ein Großteil der 113 Änderungsanträge bezogen sich auf Fragen, die zuvor bereits in der Fachkommission erörtert wurden wie bspw. demographische Kriterien, die Makro-Konditionalität, der platzbasierte Ansatz oder der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Der Berichterstatter hat seinerseits 26 Berichterstatter-Anträge

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



eingereicht. Der Stellungnahmeentwurf wurde
anschließend angenommen.